

Bildung

## Sollen fremdsprachige Eltern Dolmetscherkosten bei Elterngesprächen selbst bezahlen? Nein, findet die Regierung

Von David Walgis

13.04.2026, 05.00 Uhr

FDP-Grossrat Adrian Schoop fordert strengere Regeln bei schulischen Dolmetscherkosten und ein kantonales Monitoring. Die Regierung lehnt beides ab.



Startseite



Region



Konto



Menü



Die Kinder büffeln Konjugationen – und die Eltern? In mehreren Kantonen braucht es immer mehr Dolmetscher in Elterngesprächen.

Symbolbild: Andrea Zahler

## Darum geht es

Bereits im vergangenen Herbst sorgte die Frage im Grossen Rat für hitze Diskussionen : Sollen fremdsprachige Eltern in jedem Fall für

Dolmetscherkosten in schulischen Gesprächen aufkommen? Nein, fand eine Mehrheit des Parlaments in der Totalrevision des Schulgesetzes.

Weiterlesen nach der Anzeige

Werbung



**Mehr für besseres Trading - Profitieren Sie von über 4 Millionen Produkten mit Bankensicherheit.**

[Entdecken](#)

Eine Gruppe rechtsbürgerlicher Parlamentsmitglieder um FDP-Grossrat Adrian Schoop wagte Anfang Jahr einen neuen Anlauf. Per Interpellation stellten sie der Aargauer Regierung kritische Fragen zu den Kosten, Anzahl und Rechtfertigung von Dolmetschereinsätzen an Aargauer Schulen. Schoop fordert ein entsprechendes Monitoring im Kanton Aargau, falls der Regierungsrat keine entsprechenden Zahlen vorweisen kann. Hintergrund: Steigende Kosten für schulische Dolmetschereinsätze in anderen Kantonen.

### **Der Regierungsrat will kein Dolmetscher-Monitoring**

Die nun vorliegende Antwort der Regierung zeigt: Eine Statistik zu Kosten gibt es im Kanton Aargau derzeit nicht – und der Regierungsrat hat auch nicht vor, ein solches Monitoring einzuführen. Er sieht keinen Mehrwert in einer solchen Datenerhebung, der administrative Aufwand sei

Die Daten, die Schoop verlangte, gehen ins Detail. So fragte er nach der Aufenthaltsdauer der betroffenen Eltern, wiederholten Einsätzen bei denselben Familien oder ob es sich um eingebürgerte Personen handelt. Schoop wollte wissen, wie sich die Einsätze auf Elterngespräche allgemeiner Art oder solche mit rechtlichen Folgen wie etwa Disziplinarverfahren verteilen.

Diese Daten, so der Regierungsrat, müssten die Schulen erheben – und damit Lehrpersonen oder Schulleitungen, die bereits stark belastet sind. Ohnehin müsste der Kanton zunächst prüfen, ob für ein solches Monitoring eine neue Rechtsgrundlage geschaffen werden müsste. Es ist dies der wohl wichtigste Punkt in der Regierungsantwort.

## **Regierung stellt sich hinter staatliche Finanzierung**

Gleichzeitig betont der Regierungsrat, dass Kosten für Übersetzungen nicht auf Eltern übertragen werden können. Er verweist auf ein Urteil von 2017, in dem das Bundesgericht den Kanton Thurgau bei einem ähnlichen Vorhaben zurückpfiß.

So spricht sich der Regierungsrat auch gegen Schoops Vorschlag aus, die Kosten nur in Ausnahmefällen zu tragen, in denen das rechtliche Gehör der Eltern zu gewährleisten ist, nicht aber bei Notenbesprechungen oder Standortgesprächen. Eine solche Differenzierung sei nicht umsetzbar, so der Regierungsrat.

Ohnehin findet die Regierung: Schulen hätten im Hinblick auf das Kindeswohl und den schulischen Erfolg der Kinder ein Interesse an einer guten Zusammenarbeit mit den Eltern. «Dazu gehört auch eine gelingende Kommunikation und Informationsvermittlung an Elterngesprächen.» In welchen Fällen Dolmetscher übersetzen, sei Sache der Schulen. So können auch Lehrpersonen, Familienangehörige oder digitale Übersetzungshilfen zum Einsatz kommen.

Einzig bei KI-basierten Plattformen stimmt der Regierungsrat den Interpellanten zu – mit gewissen Einschränkungen. KI könne bei inhaltlich weniger anspruchsvollen Gesprächen eine Alternative zu Dolmetschern sein, räumt der Regierungsrat ein. Bei komplexeren, stark emotionalen oder kulturell sensiblen Gesprächen zieht der Regierungsrat aber weiterhin menschliche Übersetzer mit sozialen und interkulturellen Kompetenzen intelligenten Maschinen vor. Auf allfällige Datenschutzprobleme geht er gar nicht erst ein.

[Weiterlesen nach der Anzeige](#)

Werbung



## **Ausgezeichnete Qualität - Raiffeisen – Ihr verlässlicher Partner für Anlageprodukte**

[Mehr erfahren](#)

Klar ist aber schon jetzt: Mit der Antwort des Regierungsrats sind die Interpellanten um Adrian Schoop nicht zufrieden. Mitunterzeichnerin Nicole Burger (SVP) kündigt bei Tele M1 an, über einen weiteren Vorstoss strengere Regeln zu fordern.

## **Kommentare**



Noch keine Kommentare. Geben Sie die erste Meinung zum Artikel ab.



Startseite



Region